

Betreff:

Biomassekraftwerk auf dem Deponiegelände
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2010 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Bau eines Biomasseheizkraftwerks auf dem Gebiet des ehemaligen Dyckerhoff Steinbruch, Gemarkung Biebrich, durch die ESWE BioEnergie GmbH aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht mit diesem Projekt eine Chance, den Zielen der Landeshauptstadt Wiesbaden beim Ausbau der erneuerbaren Energien näher zu kommen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß beim Transport des in Wiesbaden anfallenden Sperrmülls zu reduzieren.
3. Im weiteren Planungsverfahren sind folgende Aspekte beachten - entweder im Bebauungsplanverfahren oder im Rahmen eines Durchführungsvertrages zwischen Vorhabenträger und Landeshauptstadt Wiesbaden:
 - Das Kraftwerk soll max. 100 mg NO₂ pro Kubikmeter Luft emittieren (statt der erlaubten 200 mg).
 - Für Ammoniak ist ein Grenzwert von 10 mg/Kubikmeter und für Stäube 3 mg/Kubikmeter Luft festzusetzen.
 - Es dürfen nur Mischhölzer verbrannt werden (keine reinen A3- und A4-Hölzer), der Anteil an A3/A4-Hölzern darf max. 70 Prozent der Jahresgesamtmenge betragen, wobei der darin enthaltene Anteil von A4-Hölzern maximal 20 % der Gesamtmenge betragen darf.
 - Es sind technische Vorkehrungen zur Minderung der Staubemissionen aus der Altholzaufbereitung und der -lagerung zu treffen.
 - Die Verbrennung sonstiger „biogener Stoffe“ wie etwa Klärschlämme, Industrieschlämme oder sonstigen Müll soll ausgeschlossen werden.
 - Es ist eine regelmäßige Kontrolle des angelieferten Brennmaterials und der Restasche durch ein unabhängiges Kontrollinstitut zu gewährleisten.
 - Es ist auf wirksamen Brandschutz bei der gesamten Anlage zu achten.
 - Im Anfahrbetrieb sind verfahrenstechnisch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Emission an Dioxinen und Furanen so weit zu reduzieren, wie möglich.
 - Angestrebt wird die vertragliche Festschreibung einer ausschließlich regionalen Belieferung mit Herkunftsnachweis.
 - Gleichfalls angestrebt wird, dass der Betreiber eine Messanlage installiert und die dort festgestellten Tagesmittelwerte zeitnah im Internet veröffentlicht.

Wiesbaden, 01.09.2010

gez.

f. d. R.

Antrag Nr. 10-F-01-0085
SPD-Fraktion

Axel Imholz
Fraktionsvorsitzender

Marc Paffenholz
Geschäftsführer